

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amtsblatt



für die **Königliche Amtshauptmannschaft Meissen**, für das **Königliche Amtsgericht** und den **Stadttrat zu Wilsdruff** sowie für das **Königliche Forstrentamt zu Tharandt.**

Verantwortlich: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 111.

Mittwoch den 15. Mai 1918.

77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Drei russische Großfürsten in deutscher Hand.

Kaiser Wilhelm und Kaiser Karl Volles Einvernehmen — Ausbau und Vertiefung des Bundesverhältnisses.

(Amtliche Meldung.) Berlin, 13. Mai.

S. M. der Kaiser von Österreich und König von Ungarn hat am 12. Mai S. M. dem Kaiser und König im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet. In der Begleitung Kaiser Karls befanden sich außer dem persönlichen Gefolge Sr. Majestät der Minister des Äußeren Graf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr v. Arz und der k. u. k. Votschafter in Berlin Prinz zu Hohenlohe.

Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung teil: der Reichskanzler, Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, Staatssekretär v. Kühlmann und der Kaiserliche Votschafter in Wien, Graf v. Welser.

Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien betreffen. Hierbei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das auch im Verdringungskrieg so glorreich erprobte langjährige enge Bündnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich bewertet wird.

Im Großen Hauptquartier.

Von wohlunterrichteter Seite in Berlin erfahren wir:

Der Frieden von Bukarest war nur ein kurzer Ruhepunkt, kein Abschluß für die diplomatische Arbeit des Bundes. Kaum sind die Verträge, die unter seinem Namen abgeschlossen wurden, veröffentlicht worden, da gibt es im deutschen Großen Hauptquartier wieder ein bedeutendes Stillschicken. Kaiser Karl ist am Vorkriegsamt Kaiser Friedrich eingetroffen, begleitet von seinem neuernannten Ersten Oberhofmeister, von dem jedoch zum ungarischen Grafen beförderten Minister des Auswärtigen Burian, und vom Chef des Generalstabes, dem Freiherrn v. Arz. In ihrem Empfang hatten sich auch der deutsche Reichskanzler und der Staatssekretär des Auswärtigen bereits Ende der vorigen Woche an Ort und Stelle begeben. Man darf es als feststehend ansehen, daß nichts weniger als hösliche Angelegenheiten diese Zusammenkunft herbeigeführt haben; es sollen, nachdem der Kriegszustand im Osten so gut wie beendet ist, neue Grundlagen für den Ausbau des Reiches vereinbart werden. Die Kärner werden, nach dem bekannten Sachverhalt, wieder zu tun bekommen, da die Könige sich anschicken, zu bauen. Auch der König von Bayern ist ins Große Hauptquartier und an die Front abgereist, in Begleitung des Ministers des Äußeren v. Dandl.

Zunächst wird es gelten, das in langer, mühevoller Arbeit Gewonnene zu befestigen. Einmal gegen störende Einflüsse von außen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Haltung Englands zu widmen sein, das keinen Augenblick zögern wird, da, wo es sich einen Erfolg versprechen zu können glaubt, als Vorkühler aufzutreten. So z. B. jetzt schon gegenüber Finnland. Die Londoner Regierung hat ihren Konsul in Helsinki veranlaßt, dem finnischen Senat einen ganz harmlos aussehenden Vorschlag zur Regelung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu unterbreiten. Danach soll Finnland Bürgschaften für die Aufrechterhaltung seiner Neutralität bieten, den britischen Untertanen und Waren freies Durchgangsrecht nach Rußland zusichern und ihnen die Benutzung der finnischen Territorialgewässer gestatten. Die Gegenleistung soll in der vorläufigen Anerkennung der finnischen Selbstständigkeit bestehen, während das endgültige Schicksal des neuen Staatswesens erst auf dem allgemeinen Friedenskongreß entschieden und besiegelt werden soll. An der Tatsache des Scheiterns und Trugbündnisses, das die finnische Regierung mit dem Deutschen Reich abgeschlossen hat, geht also das hohe Maß mit völliger Nichtachtung vorbei, es ist nichts als Luft für die Seeratten in London,

die offenbar noch immer an dem Wahn festhalten, daß in ganz Europa kein Stein zur Erde niederfallen darf, wenn sie nicht ihren Segen dazu geben wollen. Man denke: Finnland soll sich für neutral erklären in einem Augenblick, da die deutschen Hilfstruppen, denen es seine Befreiung verdankt, noch im Lande stehen, und da die Linde, mit der seine Verträge mit Deutschland unterzeichnet wurden, kaum schon trocken geworden ist! Ähnliche Annahmen werden nach dem Osten nicht ausbleiben. Mit den baltischen Ländern hat England ja schon von jeher gellebügelt; hier wird es allerdings, da der direkte Anstoß an Deutschland auf dem besten Wege ist, kein Glück mehr haben. Um so heftiger wird es sich um die Gunst der Ukrainer bemühen, während es die Verbearbeitung um Polen in der Hauptstadt wohl den französischen Genossen übertragen wird. Hier allerdings ist der Boden so schwankend, daß bei Zeiten vorgebaut werden muß. Und wenn nicht alle Anzeichen täuschen, steht denn auch die politische Frage bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier an erster Stelle. Sie hat, seitdem unsere Truppen in Warschau eingesetzt sind, ihr Gesicht schon allzu oft verändert, als daß wir uns über die Unsicherheit der Stimmungen gar zu sehr wundern dürften. Sollen wir allein über die Zukunft des Polenreiches zu entscheiden, dann wären wohl manche Schwierigkeiten vermieden worden, die uns vielen Verdruss eingetragen haben. Aber nun wird es gelten im Verein mit unseren Bundesgenossen die richtige Lösung zu finden — und dann mit voller Klarheit und Entschiedenheit den Weg gehen, für den man sich entschlossen hat. Wenn irgendwo so muß an dieser Stelle den Intrigen der Bestmächte der Zugang fest verstopft werden. Eher wird es im Osten keine Ruhe geben.

Mit der Polenfrage stehen denn auch zahlreiche Wirtschaftsinteressen in Zusammenhang, die für den Ausbau unseres Bundesverhältnisses mit Österreich-Ungarn von großer Bedeutung sind. Hier gibt es schwere, aber lohnende Arbeit zu tun, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß sie im Geiste gegenseitigen Vertrauens geleistet werden wird. Zuletzt — aber durchaus nicht etwa als ein unwichtiger Gegenstand — wird die augenblickliche militärische Lage einer aufmerksamen Prüfung unterzogen werden. Auch in diesem Punkte bürden wir uns auf die unverminderte Tragfähigkeit unseres Bundes verlassen. Solange Deutschland noch um sein Dasein zu kämpfen hat, kann und wird auch Österreich-Ungarn die Waffen nicht niederlegen.

Drei russische Großfürsten in deutscher Hand.

Der ehemalige russische Oberbefehlshaber gefangen. Auf einem Landgut in der südlichen Krain sind die Kaiserinwitwe Maria Feodorowna, der Großfürst Nicolas Nicolajewitsch sowie die Großfürsten Peter Nicolajewitsch und Alexander Michailowitsch in deutsche Gewalt gefallen.

Sie lebten dort seit Ausbruch der russischen Revolution in der Verbannung unter Bewachung einer Abteilung von 25 Matrosen, völlig abgeschnitten von der Außenwelt. Die neuen Machthaber in Rußland dürften froh darüber sein, auf diese Weise der Verantwortung für Leben und Sicherheit dieser hervorragenden Mitglieder des ehemaligen russischen Kaiserhauses überhoben zu sein. In welcher Weise die deutsche Regierung mit den Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin. Besondere Bemerkung wird es jedenfalls in Deutschland hervorgerufen, daß auch der ehemalige Oberbefehlshaber der russischen Armee, der Großfürst Nicolas Nicolajewitsch, jetzt in unserer Hand ist.

Der Untergang der „Vindictive“ vor Ostende.

Eine Untersuchung des bei der britischen Unternehmung gegen Ostende querab von der Hafeneinfahrt versenkten englischen Kreuzers „Vindictive“ ergab, daß das britische Schiff nicht mit Zement beladen gewesen und nicht von der eigenen Besatzung gesprengt worden ist. Es ist vielmehr unter der Wirkung unserer Geschützfeuer untergegangen. Die englische Darstellung des angeblichen „Erfolges“ wird damit endgültig Lügen gestraft.

Der Wandel an Ostende.

Wie sehr England unter dem U-Boot-Krieg leidet, darüber unterrichtet uns Churchill wieder einmal in einer am 24. April im Unterhaus gehaltenen Rede mit folgenden Worten: „In diesem Jahre hätten 90% mehr Granaten und die dazu gehörigen Geschosse angefertigt werden können, wenn nur genügend Schiffsraum vorhanden gewesen wäre.“

Munitionsverbrauch im Weltkriege.

Unübersehbare Millionen Tonnen von Stahl und Eisen. Wie gewaltig die verbrauchten Geschosse in

Weltkriege... Munition... Verbrauch...

diesen gewaltigsten aller Kriege sind, wird augenfällig, wenn man einen Vergleich mit dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 zieht. In den 600 Tagen, Geschossen und Schrapnell des Krieges 1870/71 gab die deutsche Infanterie rund 220 Millionen, die Feldartillerie 888.000 und die schwere Artillerie 320.000 Schuß ab. Straßburg fiel nach fünfmonatlicher Belagerung mit 202.000, Paris nach fünfmonatlicher Belagerung mit 110.286, Metz nach zwölfmonatlicher Belagerung mit nur 4877 Schuß unserer Belagerungsgeschütze in deutsche Hände.

Das sind Zahlen, die gegen den ungeheuren Munitionsaufwand des Weltkrieges verschwindend klein sind. Schon während der großen Offensive im Jahre 1915 wurde der tägliche Munitionsverbrauch auf unserer und feindlicher Seite auf etwa 300.000 Schuß Artillerie eingeschätzt; die Stahltaat der heutigen Schlachten aber wird, wenn sie erst einmal eingeschätzt werden kann, diese Zahl noch weit übertreffen! Bei Beginn der Sommeroffensive verschossen die Engländer in einer Woche mehr Munition, als in den ersten elf Kriegsmontaten zusammengenommen, und während des Trommelfeuers dieser Meereschlacht verbrauchten sie an einem einzigen Tage soviel schwere Granaten, wie die Munitionsherstellung von elf Kriegsmontaten überhaupt herbeigebraucht hätte! In der Arras-Schlacht 1917 wurden von ihnen in vier Tagen fast sechsmal soviel Granaten verfeuert, als der ganze Krieg 1870/71 erfordert hätte!

In der Schlacht bei Verdun wurden zu Zeiten von beiden Parteien zusammen rund eine Million Geschosse an einem Kampftage verschossen. Nimmt man nur an, daß im Durchschnitt bei der feindlichen Seite eine Million Geschosse in der Woche verfeuert wurden und setzt das Durchschnittsgewicht an Metall mit 45 Kilogramm fest, so kommt man für die dreißig Wochen eigentlicher Kampfzeit zu dem ungeheuerlichen Resultat, daß das Gelände in dieser Zeit mit 1.350.000 T. Stahl übersätet worden ist. Zum Transport dieser Stahlmenge wären 135.000 Eisenbahnmotoren nötig. Das Kampfgebiet hatte ungefähr eine Ausdehnung von 2000 Kilometer; somit sind nach dieser Berechnung auf jedes Hektar Bodens 50 Tonnen Stahl niedergegangen. Der Wert dieser Stahlmenge übertrifft den Wert des Grund und Bodens, den sie überfällt. Es ist vorgekommen, daß beide Parteien an einem einzigen Tage eine Million Artilleriemunition verschossen haben!

Trotz dieser furchtbaren Stahltaat, die in den Großschlachten zu ungeheuren Zahlen anwuchs, die ohne Unterbrechung Tag und Nacht auf die Fronten niedergefiel, halten unsere herrlichen Soldaten, von der Sturminfanterie bis zum letzten Armierungssoldaten, unerschrocken in unerschütterlicher Siegesgewißheit aus.

Reichseinkommensteuer in Sicht.

Mehrheitsantrag im Hauptausschuß.

Berlin, 13. Mai.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages teilte der Abg. Müller-Juda mit, dem Reichstage sei ein Antrag zugegangen auf Erhebung einer Steuer, die im Gegensatz zu den Verbrauchs- und Vertriebssteuern die leistungsfähigsten Schulklassen trifft. Der Antrag ist das Ergebnis von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen Vertretern der Mehrheitsparteien stattgefunden haben. Er hat folgenden Wortlaut:

1. Kriegsabgabe vom Einkommen.

1. Die Abgabe wird erhoben von den natürlichen Personen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 20.000 Mark. Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit dieselbe einen Betrag übersteigt, durch den das Jahreseinkommen nach Abzug der Abgaben unter 2.000 Mark sinken würde.

2. Das Einkommen einschließlich der Zusammenrechnungen und vom Einkommen einseitlich zu veräußern, sofern die Einkommen nicht dauernd voneinander getrennt leben.

3. Gewährt der Abgabenschuldige Fiskus auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (Einkommensteuergesetz §§ 1601 bis 1615) Unterhalt, so ermäßigt sich die Abgabe für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind um 5% ihres Betrages, jedoch nicht um mehr als 5000 Mark für ein Kind.

4. Unverheiratete Abgabenschuldige und verheiratete, kinderlose Abgabenschuldige haben eine angemessene Erhöhung der Abgabe zu ertragen.

5. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuerstufen zu erheben, beginnend mit 3% für die ersten 20.000 Mark Einkommen, abnehmend mit 20% als Höchststufe.

6. Im übrigen sind die Bestimmungen des Landesabgabengesetzes über die Einkommensteuer für die Bemessung der Kriegsabgabe und das bei der Feststellung und Erhebung der Steuer einschlägige Verfahren maßgebend. Die Feststellung des Einkommens für die Einkommensteuer bildet zugleich die Grundlage der Feststellung des Einkommens für die Kriegsabgabe.

7. In den Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer nicht besteht, trifft die Landesregierung die Vorschriften über die Ermittlung des Einkommens.

II. Eine erhöhte Kriegsabgabe
wird erhoben von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen.

1. Maßgebend ist das Mehrerinkommen gegenüber der letzten Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen tritt an Stelle der letzten Friedensveranlagung das letztgültig durchgeführte Einkommen der Jahre 1912, 1913 und 1914.

2. Die Steuerbefreiung für die Einkommensvermehrung ändert sich, beginnend mit 5 % für die ersten 30 000 Mark Mehrerinkommen, abnehmend mit 50 % als Höchststufe.

III. Als Ergänzungsabgabe

wird eine Abgabe vom Vermögen erhoben.

1. Abgabepflichtig ist ein Vermögen im Mindestbetrage von 20 000 Mark.

2. Die Abgabe ist in durchgeführten Steuerfällen zu erheben, beginnend mit 1 % für Vermögen bis zu 100 000 Mark und abnehmend mit 3 % als Höchststufe.

3. Für die Bemessung der Abgabe wird zugrunde gelegt die Feststellung des Vermögens, welche für die Festsetzung des Einkommens vom 3. Juli 1913 auf 31. Dezember 1918 erfolgt ist. Einer besonderen Vermögensfeststellung bedarf es nur, wenn eine Vermögensfeststellung für die Festsetzung auf 31. Dezember 1918 nicht erfolgt oder nachträglich eine wesentliche Änderung des Vermögensstandes eingetreten ist; in diesen Fällen wird das Vermögen auf 31. Dezember 1917 festgestellt.

IV. Inhäufig zur Feststellung
und Erhebung der Kriegsabgabe vom Einkommen und Vermögen sind die Landesbehörden, die zur Feststellung und Erhebung der Einkommensteuer berufen sind.

Erklärungen der Regierung.

Zu seinen Aufstellungen über die wahrscheinlichen Steuererträge teilte Reichsfinanzminister Graf Koerber noch mit, die neuen indirekten Steuern würden in diesem Jahre noch nicht viel bringen, besonders, da in den Kommissionen noch Abstriche gemacht worden seien, von denen er allerdings annahm, daß in den zweiten Lesungen manche noch wieder rückgängig gemacht werden würden. Glücklicherweise fänden die Anschläge an indirekten Steuern Deduktion in den Ergebnissen der Kriegsteuer. Die 5,7 Milliarden Mark als Ergebnis der Kriegsteuer würden hoffentlich einen Übergang in das Finanzjahr 1919 ohne rechnerischmäßiges Defizit ermöglichen.

Reichsfinanzminister Hergt führte aus, daß die Einzelstaaten bei den vorliegenden Steuerentwürfen mit der Reichsregierung völlig einig seien. Tatsächlich haben die Einzelstaaten bereits großes Entgegenkommen gezeigt. Aber sie brauchen Bewegungsfreiheit, weil sie die Einkommensteuer selbst notwendig brauchen. Erst wenn die Gesamtsteuerreform gekommen sein wird, ist die Zeit da für die Lösung der Besteuerungsfrage. Für den Herbst ist eine Kriegsgewinnsteuer der Einzelpersonen in Aussicht genommen. Man spricht immer nur von den großen Vermögen und darf doch nicht vergessen, daß man die kleineren und mittleren Vermögen auch nicht übergehen darf. Man muß auch, wenn man von Besteuerungsfähigkeit spricht, an den gemessenen Geldwert und selber daran denken, daß die Vermögen bereits erheblich herabgezogen worden sind. Das Vermögen, das da ist, läuft nicht weg. Es handelt sich nur um eine zeitliche Verschiebung bis zum Herbst.

Deutscher Reichstag.

(134. Sitzung.) C.B. Berlin, 13. Mai.

Der Haushaltsplan der Marineverwaltung wird zu Ende geführt. Angenommen wird ein Antrag des Ausschusses auf Schaffung von Beamten- und Angestelltenstellen bei den Marinebetrieben. Ferner wird ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, daß die den Angestellten in den Marinebetrieben für ihre Wehrleistung zustehenden Vorschüsse auf die Kriegsteuerzulagen nicht angerechnet werden. Abgelehnt wird ein Antrag, der die getriebenen fünf Intendanturen wiederherstellen will. Es folgt die Beratung des Haushaltsplans des Reichsfinanzamts.

Abg. Bruns (Schönau-Carolath) schlägt eine von allen Parteien unterstützte Entschädigung vor, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und vorangegangener Feldzüge, die einen Ehrensold von 150 Mark erhalten, eine einmalige außerordentliche Auszahlung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Abg. Bäumel (natl.) verlangt Einziehung der unannehmlich gewordenen Darlehensschulden.

Abg. Werner-Dersfeld (Dtsch. Volk.) bedauert, daß die Gewährung von höheren Zulagen auf die Reichsbeamten am Widerstand Preußens scheitert.

Abg. Vogler (Soz.) führt Beschwerde über den unzulässigen Druck, der auf Arbeiter, Soldaten und Schulkinder zur Bekämpfung von Kriessanleihe ausgeübt wird.

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von G. Martitz.

„Wein du den Mann liebtest, dann würden deine strengen Prinzipien unterliegen, er bliebe der Sieger!“
„Nein! Und tausendmal nein!“
„Margarete!“ — Er trat plötzlich auf sie zu und ergriff ihre beiden Hände. „Ich sage, wenn du ihn liebtest...“

„Kannst du dir wirklich nicht denken, daß man, um das Glück eines anderen Menschenlebens zu werden, seine Antipathien, seine liebsten Neigungen, ja, ganz und gar sich selbst überwindet und hingibt?“

Sie preßte die Lippen aufeinander und schüttelte heftig den Kopf.

„Du willst sagen, daß du kein Verständnis für das Wesen der Liebe hast?“ Er drückte ihre Hände fester, die sie ihm zu entziehen strebte.

Ihre Augen hasteten am Boden, sie sah nicht auf.

„Muß das sein?“ murmelte sie mit tieferhaften Lippen.

„Ist ein solches Verständnis nötig für jedes Menschenkind, und kann man nicht auch durchs Leben gehen, ohne jener dämonischen Macht Raum zu geben?“

Sie richtete sich plötzlich auf und entzog ihm mit einem gewaltigen Ausbruch ihre Hände. „Ich will nichts mit dir zu schaffen haben,“ rief sie und in ihren Augen brannte ein wildes Feuer. „Seelenfrieden will ich und nicht jenen mörderischen Kampf.“

Einen Moment hielt sie wie erschrocken inne, als er sagte sie sich selbst auf einer Unvorsichtigkeit. — „Ich würde übrigens nicht unterliegen,“ sagte sie beherzelter hinzu. „Mein beßerer Feind wäre der Kopf.“

„Ich hoffe, er ist hell und stark genug dazu.“

„Wachst du?“ — „Nein, so verfolge es und laß es.“

Er brach ab und sie sah ihn zu ihm auf — so tief erregt hatte sie seine Blicke noch nicht gesehen. Aber er hatte eine wunderbare Gewalt über sich selbst. Nachdem er den Wintergarten einmal durchschritten, trat er wieder auf sie zu.

Nach weiterer kurzer Debatte wird die Entschädigung Schönau-Carolath einstimmig angenommen. Der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds wird auf Antrag des Abg. Graf Wittmann von der Tagesordnung abgelehnt.

Abg. Dr. Becker (Zentr.) begrüßt den neuen Staatssekretär und dankt seinem Amtsvorgänger. Angesichts der Geldnotwendigkeit müssen die Geldstrafen wesentlich erhöht werden. Die Autorität der Gerichte muß gehoben werden, am besten durch Beseitigung von Laienrichtern, auch in Zivilsachen. Dem Kriegswucher muß mit allen Mitteln zu Leibe gegangen werden.

Abg. Strauß (Soz.): Es ist eine undankbare Aufgabe, jetzt über Rechtsfragen zu sprechen. Der Glaube an das Recht ist zerstört im Kleinen wie in der hohen Politik. Die neuen Bestimmungen verzerren nur den Rechtsbeweis. Die Pfändbarkeitsgrenze muß erhöht werden, damit die Unterhaltungen von Kriegsteilnehmern und Kriegshinterbliebenen unempfindlich sind.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Die Referendare und Assesoren im Felde müssen für den Zeitverlust entschädigt werden. Die Kriminalität der Jugendlichen und ihre stetige Zunahme ist das traurigste Kapitel des Krieges. An Stelle des Strafrichters muß mehr wie bisher das Vormundschaftsgericht treten. Die Generalkommandos haben mit ihren vielen Verordnungen meist nichts erreicht als Schikanen des Subkulturs. Die Wehrer müssen wieder zu den Schulen kommen, statt daß sie, wie bis jetzt, im Feld oft zu ganz nebensächlichen Dingen vermennt werden.

Abg. Strauß (Soz. der Nationalist.): Die Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen muß zu verstärkten erzieherischen Maßnahmen führen. Kinder unter 14 Jahren sollten nicht auf die Anklagebank kommen.

Staatssekretär Dr. Krause dankt für die allseitige freundliche Beachtung. Das Reichsjustizamt habe ein gewaltiges Arbeitsfeld. Es dürfe keine trodene rein juristische Behörde sein. Dem Anwaltsstand müsse weiter geholfen werden. Das Gesetz wegen der Anwalts-Gebühren könne kein endgültiges sein. Die gesetzliche Regelung höre aber auf Schmierigkeiten. Es sei eine große Rechtsreform jetzt nicht möglich. Die Vorarbeiten seien aber im Gange. Die Reform der Gesetzgebung sollte der Reichstag in Form eines Initiativgesetzes anregen. Der neue Strafrechtsentwurf werde demnach der öffentlichen Kritik übergeben werden können.

Weiterberatung Dienstag.

Politische Rundschau.

Rußland.

x Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom 1. Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminalverbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanow und Kerenski in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrats und Betrugs verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von seiner Befreiung am Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte. Buriakowitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlag gegen die Sowjets sind in Freiheit gesetzt worden; im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kajematten verlassen.

Frankreich.

x In einem Aufruf der belgischen Sozialisten in Frankreich, den die „Humanité“ veröffentlicht, wird Einspruch gegen das Bestreben erhoben, den Verteilungskrieg in einen Eroberungskrieg zu verwandeln. Der Aufruf erklärt, daß die belgische Arbeiterschaft beschlossen habe, die Politik des Schweigens und der Untätigkeit aufzugeben. Er verlangt verschärfte Überwachung der Regierung durch das Parlament, stimmt dem Londoner Programm der Sozialisten zu, fordert als Bürgschaft für einen dauerhaften Frieden die Gesellschaft der Nationen nach Wilsons Grundrissen und den sofortigen Zusammentritt einer internationalen sozialistischen Konferenz zur Vorbereitung des Friedens.

Amerika.

x Der Kampf gegen das Deutschtum in den Vereinigten Staaten nimmt immer schroffere Formen an. Ein großer Teil der Presse fordert einstimmig die Einführung einer Sprache aller amerikanischen Bürgern zur Pflicht gemacht werden soll. Diese Agitation richtet sich gegen die Deutschamerikaner. Die deutsch-amerikanischen Zeitungen werden allgemein boikottiert. Die letzte deutsche Zeitung in Brooklyn hat ihr Erscheinen eingestellt.
x In New York fand eine Massenkundgebung der Fremden statt, die einen ausgesprochen englandfeindlichen Charakter trug. Die einstimmig angenommene Entschädigung bittet Wilson und den Kongreß um Unterstützung des trüben

Vollkes, das gegen die Wehrpflicht kämpfte, um der Ausrottung seiner Klasse vorzubeugen. Nach der Verammlung marschierte eine größere Menge, mit einer irischen Wehrkavalle an der Spitze, durch die Straßen unter den Rufen: „Sur Hölle mit den britischen Mördern!“

Aus In- und Ausland.

Dresden, 13. Mai. Die Einführung eines staatlichen Kohlenregals ist nunmehr gesichert, da die voneinander abweichenden Vorschläge beider Ständekammern ausgeglichen sind.

Kriegsgewinnler und Volkswirtschaft.

Von Dr. Alfons Goldschmidt,
Dozent an der Pflanzhochschule zu Berlin.

Bei Beurteilung der Kriegsgewinne müssen wir zwischen Gewinnen im Kriege und Gewinnen am Kriege unterscheiden, zwischen Gewinnen, die das übliche Wesen des Verdienstes nicht ausgehen haben und solchen, die kriegerisch-moralisch zu verdammen sind. Im Kriege sind überall dort, wo der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte, erhebliche Gewinne gemacht worden. Gewinne aus Güterumsatz, aus Geld- und aus Kreditgeschäften.

Nehmen wir bei den Gütergewinnen eine Unterscheidung zwischen berechtigten und unberechtigten Gewinnen an, so sind dem ersteren zuzuzählen: Gewinne aus erhöhtem Umsatz, der seine Ursache in vermehrten Aufträgen hat. Mancher Betrieb konnte sich vor Kriegsaufträgen nicht retten. Die Folge davon war ein schnell ansteigender Verdienst, ohne daß die Vertriebsleistung unter allen Umständen die Erzielung einer unnormalen Kriegsbereicherung zu wünschen brauchte. Ferner gehören hierher die Gewinne aus angespannter Arbeit. Im Kriege mußte oft die Arbeit energiegelager bis zum letzten Nerv ausgenutzt werden. Das erforderte höhere Belohnung, die nicht eigentlich zu den Gewinnen am Kriege zu rechnen sind. Häufig sogar sind die Entgelte der angespannten Arbeit weit hinter den Lebenserfordernissen zurückgeblieben. Weiter sind in diese Reihe zu stellen die Gewinne, die eine finanzielle Sicherung für den Wiederaufbau des zerstückelten technischen Apparates bieten, sowie die Mehreinnahmen, die die gesunkene Kaufkraft des Geldes ausgleichen.

Dagegen sind unberechtigte Güterumsatzgewinne solche Gewinne, die aus künstlich vermehrtem Umsatz entstanden sind. Insbesondere also die Ketten- und Schleichhandelsgewinne. Der Kettenhandel vervielfacht den Umsatz zu dem Zweck, die Ware zu verteuern. Hier ist also nichts anderes als reine Gewinnmacht. Dann die Gewinne, die aus der künstlichen Zurückhaltung von Vorräten entstehen, also aus Ausbeutung der Material- und Lebensmittellage. Oft sind Warenbestände, die zu Friedenspreisen eingekauft wurden, zurückgehalten worden bis zu dem Augenblicke, wo ein hoher Gewinn winkte. Man nimmt an, daß noch jetzt erhebliche Vorräte an eigentlichen Friedensgütern vorhanden sind. Eine Probe aus dem Exempel wurde gelegentlich des Waffenstillstandsbeschlusses im Osten gemacht. Damals kamen große Vorräte aus den Vertriebsländern heraus, weil die Schleichhändler ein reiches Sinken der Preise befürchteten.

Ferner rechnen wir zu den unberechtigten Gütergewinnen die Gewinne aus dem Vertriebe von Schund, insbesondere also von Erzeugnissen, mit denen ein unerhörter Unfug getrieben worden ist und noch getrieben wird. Weiter die Gewinne aus einer ungefunten und unberechtigten Preisvermehrung nach oben. Die Mißberechnung, die des Geldes, hat den Preis zu einer Größe zweiten Grades gemacht. Die Folge davon ist ein Aufschlagssystem, das die Güterpreise immer höher treibt ohne Rücksicht auf die Herstellungskosten. Schließlich ist hier der Verkauf von Schleichhandelswaren zu nennen, der im Verlauf des Krieges in ein System gebracht wurde und zur Errichtung von Schleichhandelsbörsen und Schleichhandelspreislisten geführt hat. Die Käufer haben nicht selten Hunderttausende, hier und da sogar Millionen an Zwischengeldern verdient.

Die Kriegsgewinne aus der riesigen Vermehrung des Geldumlaufes, der Banknoten und des sonstigen Papiergeldes, aus der außerordentlichen Flüssigkeit der Volkswirtschaft, sind nicht ohne weiteres zu den unmoralischen Kriegsgewinnen zu zählen. Der Geldwucher hat ja im Kriege dem Preiswucher das Feld geräumt. Während viel zu wenig Warengüter vorhanden sind, gibt es Geld im Überflusse. Dieser Geldüberflusse ist insbesondere in den großen Banken gesteckt. Die acht Berliner Großbanken wiesen in den Bilanzen für 1917 insgesamt nicht weniger als rund 16 Milliarden Mark Gläubiger aus. Die Gesamtsumme gehen in die Hunderte von Milliarden.

„Großer Gott!“ Die Frau Amtsrätin sank mit diesem Ausruf wie vernichtet in sich zusammen. „Nein, nein, das ist ein Irrtum, Herbert, eine bodenlose Verleumdung böser Jungen!“ raffte sie sich nach kurzem Besinnen wieder auf. „Die ganze Welt weiß, daß die Gemahlin des Prinzen Ludwig von Altem Adel gewesen ist.“

„Gewiß.“ Aber die Familie war seit langem total verarmt. Die letzten Träger des alten Namens waren Subalternbeamte, und die zwei schönen Schwestern, die Baronin Taubened, sowohl, als auch die verstorbene Gräfin von Sorma haben unter angenommenen Namen als Duzerinnen ihr Brot verdient.“

„Und das sagst du mir erst heute?“
„Ich weiß es selbst erst seit kurzem!“

Die alte Dame zog tief aufseufzend, unter hebbarem Frostschütteln den Pelz über der Brust zusammen und trippelte am Arm ihres Sohnes über den schneebedeckten Kiesweg des Gartens. Bei der Biegung der Weglinie um den festgefrorenen Teich sahen sie den Amtsrat am offenen Fenster seines Zimmers stehen. Die Lampe brannte auf dem Tische hinter ihm; er war im Schlafrock und klopfte seine Pfeife am Fensterbrett aus.

„Nun sehe mir einer den Mann!“ schalt die Frau Amtsrätin geärgert mit unterdrückter Stimme. „Er behauptet, rheumatisch zu sein und stellt sich bei der entsetzlichen Kälte ans offene Fenster!“

„Ja, das sind so Redensgewohnheiten, Mama — die ändern wir nicht,“ lachte der Landrat und führte sie nach der Türe des Pavillons.

„O je, was für ein rarer Besuch!“ rief der alte Herr, sich vom offenen Fenster zurückwendend, während seine Frau über die Schwelle schritt. „Kohntausend, Franziska, bist du's denn wirklich? Und so bei Nacht und Nebel, bei Schnee und Eis? Das hat keinen Daken!“ Er schloß schleunigst das Fenster, durch welches allerdings ein eifriger Zugwind fauchte. „Soll ich Staffee kochen lassen?“

(Fortsetzung folgt.)

Großes Hauptquartier, 14. Mai. (Wtd. Amt l. d.) Eingegangen nachmittags 1/3 Uhr.

Westlicher Kriegsschauplatz:

An den Kampffronten ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feueraktivität im Laufe des Vormittags nach. Am Abend tobte sie wieder vielfach auf.

Aus der Anlage dieser riesigen Summen in Warlehen, die hauptsächlich den Behörden gewährt worden sind, haben die Banken den größten Teil ihrer Gewinne gezogen. So unerfreulich dieser rasende Geldbildungsprozess ist, der das Anwachsen zu Millionen ungeheuer fördert, so sind doch die Banken dabei im wesentlichen ohne Schuld geblieben. Täglich dagegen sind die Agio-Verbrecher, die die Unterbewertung des Papiergeldes gegenüber dem Golde zu Scheinbewerben anzuwenden. Eine Anzahl solcher Verbrecher sitzt schon hinter Schloß und Riegel, aber man hat sicherlich von ihnen bisher nur einen verhältnismäßig kleinen Teil gefaßt.

Umgekehrt sind auch die überhöhen Wertpapiergewinne. Die Börse befindet sich seit Beginn des Jahres 1915 in einem dauernden Fieberzustand, der durch nichts abgeklärt werden konnte. Die Einschränkung des amtlichen Börsenverkehrs hat den Drang nach der Börse nur wenig gemindert. Die fortwährenden Kurssteigerungen haben immer wieder Spekulationspublikum angelockt. Die Spekulation hat sich diese Entwicklung zunutze gemacht, auf unsolide, im Frieden nicht gebräuchliche Art, erhebliche Kriegsgewinne gemacht. Mancher Bankier, der bei Kriegsausbruch schon eine Leiche schien, geht heute auf sehr gesunden und festen Beinen.

Die Erzielung der Kriegsgewinne hat eine Vermögensverchiebung zur Folge gehabt, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Es ist eine neue Millionärschicht, eine neue Schicht Wohlhabender und Reicher entstanden. Arm und reich sind heute durch klassenere Lüden getrennt, als vor dem Kriege. Die Entwicklung erstreckt sich auf Händler, Industrielle, Landwirte und Kapitalrentner. Besonders gelitten haben dagegen die sogenannten freien Berufe, die Berufe der Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller usw. Auch die breite Schicht der Festeholden ist nur wenig oder gar nicht von den Kriegsgewinnen befruchtet worden. Die soziale Schichtung hat sich also verschoben. Es ist kaum anzunehmen, daß dieser Prozeß rückgängig gemacht werden kann. Man muß sehen, ihn kulturell zu veredeln. Denjenigen, die durch den Krieg wirtschaftlich niedergedrückt worden sind, muß man höhere Rechte zugestehen, damit sie wieder nach oben gelangen können. Soweit die Besteuerung der Kriegsgewinne in Betracht kommt, sollten die daraus fließenden Mittel zu einem erheblichen Teil dem wirtschaftlichen Ausgleich zugeführt werden.

Neueste Meldungen.

Der zweite Brief des Kaisers Karl.

Rotterdam, 13. Mai. Der Pariser Korrespondent des Münchener Guardian meldet: Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen, unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen an Estland, Litauen, Belarussien, Serbien Gebiete sollten selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wieder hergestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens verichert. Der Kaiser ersuchte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht veröffentlichen zu wollen.

Aus Wien wird dazu halbamtlich berichtet, daß ein solcher Brief des Kaisers Karl nicht existiert und als neuerliches Nachwerk der Entente bezeichnet werden muß.

Die Bildung einer roten Armee.

Berlin, 13. Mai. Aus Großrußland ist ein verstimmtener Funkpruch eingetroffen, aus dem hervorgeht, daß die Sowjetregierung gezwungen ist, zu ihrer Stärkung eine rote Armee unter Leitung von ehemaligen kaiserlichen Offizieren aufzustellen. Die Enticgung der Kapitulisten und des Grundbesitzes sei bisher noch nicht durchgeführt, da die bisher angewandte Regierungsgewalt zu wenig gewesen sei. Die roten Garbisten sollen abgeschafft werden. Ob diese Bestrebungen Erfolg haben werden, läßt sich noch nicht erkennen.

England an der Kanare.

Stockholm, 13. Mai. Der Schwiegerohn des ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Stolypin, Herr v. Brod, erklärt, England sei bereits im März oder Oktober 1917 zum Friedensschluß bereit gewesen, davon aber durch den Widerstand Amerikas, das den Verlust seiner der Entente geliehenen Gelder befürchtet habe, abgehalten worden.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tagesblattes“.

Eine 100stündige U-Boot-Unternehmung.

Berlin, 13. Mai.

Amlich wird gemeldet: Eines unserer in Flandern stationierten U-Boote, unter dem Kommando des Oberleutnants zur See Lohse, hat neuerdings während einer 100stündigen Unternehmung im östlichen Teil des Armelkanals bei schärfster feindlicher Gegenwirkung 7 bewaffnete Dampfer mit zusammen 22.500 Vt.-Reg.-Zs. versenkt, darunter 2 wertvolle mit mehreren Geschützen bewaffnete, 3000 Vt.-Reg.-Zs. große Schiffe. Die Dampfer waren mit einer Ausnahme, tiefbeladen, und zwar, wie aus dem Ort der Versenkungen mit Sicherheit geschlossen werden kann, vorwiegend mit Kriegsmaterial für den Feld.

Die Unternehmung des bewährten Kommandanten stellt eine hervorragende Leistung dar.

Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Die Monarchen-Zusammenkunft im Großen Hauptquartier.

Wien, 14. Mai. (tu.) In Wiener informierten Kreisen wird betont, daß die Monarchenzusammenkunft im deutschen Großen Hauptquartier nicht auf Grund eines festen Programms erfolge, und daß auch keinerlei definitive Entscheidungen in wichtigen Fragen getroffen werden würden. Dies beweise schon der Umstand, daß Kaiser Karl ohne Reskorminister die Reise angetreten habe. Es handle sich lediglich um eine Aussprache der verbündeten

Nach heftiger Feuerwirkung nördlich von La Bassée-Kanal versuchte der Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Die Geländungsaktivität blieb reger.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff

Monarchen, die bei der langen Dauer des Krieges selbstverständlich sei.

Italiens Kriegsausgabe.

Lugano, 14. Mai. (tu.) Wie dem italienischen Schatzansweis zu entnehmen ist, betragen die außerordentlichen Kriegsausgaben Italiens bis Ende März 1918 rund 40 Milliarden Lire. Davon entfallen auf die Ministerien des Krieges 32602 Milliarden, auf die Marine 1533 Millionen Lire.

Entdeckter Telegrammschlüssel.

Genf, 14. Mai. (tu.) Wie französische Blätter melden, ist es nunmehr gelungen, den Telegrammschlüssel des Grafen Bernsdorff zu entdecken.

Ergebnis der Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage in Preußen.

Berlin, 14. Mai. (tu.) Im Abgeordnetenhaus hatte die Abstimmung über den § 3 der Wahlrechtsvorlage (gleiches Wahlrecht) folgendes Ergebnis: An der Abstimmung haben sich beteiligt 421 Abgeordnete. Mit ja haben gestimmt 185 Abgeordnete, mit nein haben gestimmt 236 Abgeordnete. Das gleiche Wahlrecht ist somit auch in dritter Lesung abgelehnt.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung am 11. Mai. Zunächst wird der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über das höhere Mädchenbildungswesen in Schlußberatung in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Ersten Kammer angenommen. Es folgt die Schlußberatung über den Gesetzentwurf betreffend die Befreyung von Lehrstellen in Volksschulen. Die Regierung will sich durch den Gesetzentwurf das Recht sichern, in den der Kollatur des Ministeriums unterstehenden Stellen die kriegsverletzten Lehrer ohne Gehör der Gemeinden anzustellen. Der Entwurf wird unverändert nach der Vorlage angenommen. Eine Petition des Vereins Leipziger Fachlehrerinnen für Nadelarbeiten in Leipzig um Verleihung der Rechte ständiger Lehrerinnen beschließt die Kammer der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung zu überweisen, daß sie noch in der jetzigen Tagung der Stände einen Gesetzentwurf einbringe, wonach den nach § 17 des Volksschulgesetzes von 1873 geprüften Fachlehrerinnen für Nadelarbeiten die Rechte ständiger Lehrerinnen zustehen. Kultusminister Dr. Beck erklärt hierzu, daß die Regierung nicht in der Lage sei, dem Antrage der Deputation zuzustimmen; sie werde aber die Angelegenheit nach dem Kriege im Sinne des Deputationsantrages regeln. Weiter steht zur Schlußberatung die Petition des Sächsischen Lehrervereins in Dresden betreffend die Neuordnung der Dienstverhältnisse der zum Kriegsdienst eingezogenen Lehrer. Die Deputation beantragt, die Petition, soweit der Erlaß einer Wahlfähigkeitsprüfung verlangt wird, auf sich beruhen zu lassen, im übrigen aber der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Nach kurzer Aussprache werden die Anträge angenommen. Endlich steht zur Schlußberatung der zweite Nachtrag im Staatshaushaltsplan von 1916 bis 1917 und ein weiterer Nachtrag zum Finanzgesetz auf dieselben Jahre. Die Deputation beantragt, die Einstellung nach der Vorlage zu bewilligen und das Finanzgesetz anzunehmen, was nach kurzer Aussprache geschieht. Nächste Sitzung Montag.

Aus Stadt und Land.

Einrichtungen für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 14. Mai.

Werkblatt für den 15. Mai.

Sonnenaufgang 5^h | Mondaufgang 9^h 30^m
Sonnennuntergang 8^h | Monduntergang —

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang trug sich am vorigen Sonnabend vormittag am Wege von Weich nach Pottschappel zu. Der Vergarbeiter Friedrich aus Grumbach wollte mittels Pferdegeschirres Kohlen nach Pottschappel fahren. Als die Schleife versagte, ist er wahrscheinlich vom Wagen gefallen und überfahren worden. Im Janderodaer Krankenhaus, wohin er nach seiner Auffindung gebracht wurde, konnte nur der Tod festgestellt werden. Das Geschirr kam allein zurück. Fr. hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Papiermangel. Welch empfindlichen Druck der Papiermangel auf das Zeitungsgewerbe ausübt, zeigt die letzte Ausgabe des Weichner Tagesblattes, zu der aus alten Beständen rosafarbenes Papier verwendet werden mußte.

Eine Einschränkung der Kriegstraungen verlangt das „Neue Sächs. Kirchenblatt“: „Die materiellen Vorteile, die ein junges Mädchen durch eine Kriegstraung gewinnt, sind zu verlockend, als daß dieser Lockung viele widerstünden. Uns will scheinen, als ob jetzt eigentlich die Zeit der Kriegstraungen vorüber sein sollte. Im Anfang des Krieges war das etwas anderes. Auch von seiten der Standesämter sollte darauf hingewirkt werden, daß der Beschließung wieder, wie das früher der Fall war, jedesmal ein mehrwöchiges Aufgebot als Regel vorauszugehen hat, auch wenn der Bräutigam Soldat ist. Die Kriegsehescheidungen sind ein sehr böses Kapitel, sie werfen auf die sittlichen Verhältnisse in unserem Volke ein schmerzliches Licht, und wir fürchten, daß sie nach dem Kriege noch zahlreicher werden.“

Fleischlose Wochen in Sicht. Die sächsischen Landwirte und Viehzüchter haben in einem Notschrei auf die infolge der zahlreichen Zwangsschlachtungen zunehmende Verarmung des Rindviehbestandes hingewiesen und machen darauf aufmerksam, daß dadurch auch die Milchproduktion stark beeinträchtigt und durch die Verminderung des Düngers auch der Ackerbau geschädigt wird. Es wird dann weiter ausgeführt: „Man darf nicht die Kuh schlachten, die die Milch geben soll! Die gegenwärtige Fleischration ist gering und fast- und kraftlos und es würde wohl im Interesse der Volksernährung liegen, wenn gerade jetzt beim Einsetzen des Heringsfanges, des Frischgemüses und der erhöhten Eierverteilung (?) behördlicherseits fleischlose Wochen eingeführt würden. Die dadurch erhaltenen Tiere würden sich bei dem Grünfütter recht dankbar zeigen, sie würden neben Milch- und Molkeerzeugnissen erhebliche Mengen Fleisch liefern, das für spätere Monate der Volksernährung zugute kommt. Nur auf diese Weise kann unsere Fleischversorgung und somit die Lebensfähigkeit des Reichs sichergestellt werden.“ Hierzu hat der Fleischversorgungsausschuß der Stadt Dresden erklärt, daß man sich mit einer Herabsetzung der Fleischration oder der Einführung fleischloser Wochen nur dann einverstanden erklären könne, wenn die Einschränkung der Fleischration im ganzen Reich einheitlich durchgeführt werde.

Handelsfreiheit für Papiergarngewebe. Da im Reich große Bestände an durchaus gebrauchsfähigen Papiergarngeweben vorhanden sind, deren Inanspruchnahme zu der so dringend notwendigen Streckung der sonstigen Web-, Wirk- und Strickwaren wesentlich beitragen kann, hat sich die Reichsbelleidungsstelle entschlossen, die für sonstige Web-, Wirk- und Strickwaren bestehenden Handelsbeschränkungen zu Gunsten dieser Papiergarnzeugnisse aufzuheben. Aus dieser Erwägung heraus ist vor einiger Zeit bereits die Bezugscheinpflicht für Papiergarngewebe aufgehoben worden. In einer neuen Bekanntmachung werden weitere Erleichterungen eingeführt. Danach dürfen von jetzt ab Großhändler solche Web-, Wirk- und Strickwaren, zu deren Herstellung — abgesehen von Futter und Zutaten — ausschließlich Papiergarne verwendet sind, auch an solche Kunden abgeben, mit denen sie eine alte dauernde Geschäftsverbindung nicht unterhalten. Weiter ist es bei solchen Web- usw. Waren aus Papiergarnen von jetzt ab gestattet, in Zeitungsanzeigen, öffentlichen Anündigungen, in Schaufensterauslagen und dergl. auf die Bezugscheinfreiheit oder die Bezugscheinregelung hinzuweisen, sofern dabei der ausdrückliche Vermerk: „Aus reinen Papiergarnen! Bezugscheinfrei!“ hinzugefügt wird. Für Web-, Wirk- und Strickwaren, die nicht in der angegebenen Weise aus Papiergarnen hergestellt sind, bleibt es bei den alten Beschränkungen.

Zahlungen an Kriegsgefangene in der Ukraine. Die Deutsche Bank teilt mit, daß sie in der Lage ist, Zahlungen an Kriegsgefangene und Zivilinternierte nach der Ukraine zu leisten. Der Gegenwert für diese Zahlungen, die nur im Betrage von 10 Rubel und deren Vielfachem (20, 30, 40 Rubel usw.) zulässig sind, ist bei der Deutschen Bank, ihren Filialen und Zweigstellen zum Kurse von 1,40 Mark für den Rubel einzusablen.

Sieben Arbeiter ertranken. Ein Kahn mit zwölf Arbeitern, die auf einer Weichselinsel im Dorfe Walno bei Pleszawa arbeiteten, kenterte bei der Heimat, wobei sieben Personen ertranken.

(M. J.) Laubfütter und Laubheu. Bei dem großen Bedarf an Futtermitteln für die Pferde des Feldheeres und für das Vieh in der Heimat gilt es rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, um einem Futtermangel vorzubeugen. Es ist möglich, erhebliche Mengen an Heu und Stroh für spätere Zeit aufzusparen, wenn in der nächsten Zeit das sehr nährstoffreiche Laub verschiedener Baumarten und Sträucher zur Grünfütterung und zur Gewinnung von Laubheu eingerntet wird. Das kann nach sachverständiger Darlegung ohne Schaden für Baum und Strauch am besten jetzt und bis ungefähr Ende Juni geschehen, indem Ausläufer und überflüssige Zweige der Bäume und Sträucher ausgeschitten werden. In dankenswerter Weise haben die Stadtgartenverwaltung, mehrere Forstverwaltungen und auch Privatbesitzer sich gegenüber der Heeresverwaltung bereit erklärt, diese Laubgewinnung in ihren Beständen zu genehmigen. Die Heeresverwaltung richtet hierdurch an alle Grundstücks-, Park- und Gartenbesitzer die Bitte, auch ihrerseits diese Genehmigung zu erteilen, und unter genauer Angabe ihrer Adresse, der ungefähren Landfläche, und des Ortes und der gewünschten Zeit der Aberntung eine Nachricht hierüber an die Königliche Kommandantur von Dresden, Gr. Klostersgasse 4 zu richten. Diese wird die Eingaben nach Bezirken ordnen und soweit es sich um Aberntung im Bezirk des Standortes Dresden handelt, hiermit Kommandos von Truppen beauftragen, die unter sachverständiger Leitung und Aufsicht die Gewinnung des Laubes besorgen werden.

In den Sitzungen des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrates vom 29. April und 3. Mai d. J. wurden u. a. folgende Beschlüsse gefaßt: Das Ministerium des Innern, Landesfleischstelle, halte dem Landeskulturrat neuerdings den umgearbeiteten Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Nutz- und Zuchtvieh zur gutachtlichen Äußerung übersandt. Der Landeskulturrat hat sich

Die Hilfe



Frankreich zu England | Warum hilfst du mir nicht löschen?
England zu Frankreich | Siehst du nicht, daß mein Haus brennt!?

dahin ausgesprochen, daß entgegen den vorgesehenen Bestimmungen der Verkehr mit Kuh- und Zuchtvieh zwischen Jächter und Landwirt innerhalb des Königreichs Sachsen in möglichst großem Umfang ohne Einschränkung gestattet werden möchte und auch in den Fällen, in denen die Landesfleischstelle auf die Vermittlung der Händler nicht glaubt verzichten zu können, die diesbezüglichen Bestimmungen so abgeändert würden, daß hierdurch eine möglichst rasche und einfache Abwicklung des ganzen Geschäftsverkehrs gewährleistet wird. — In einer Auslassung war hervorgehoben worden, daß die Ernährungsverhältnisse auf dem Lande selbst heute noch günstiger als in den Städten liegen. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Landwirtschaft keineswegs allgemein besser dasteht, als die übrige Bevölkerung. Es gibt besonders im Königreich Sachsen zahlreiche Wirtschaften, in denen es nach Herabsetzung der Brottration in den kommenden Wochen und Monaten recht knapp hergehen wird. In Rücksicht auf die Erhaltung der Arbeitskräfte ist es deshalb dringend erforderlich, die landwirtschaftlichen Betriebe ebenfalls mit Nährmitteln zu beliefern, damit die Landarbeiter im Vergleich zu den Rüstungsarbeitern nicht schlechter gestellt sind. — Eine Amtshauptmannschaft hatte Bedenken erhoben, die Genehmigung zum Uebertritt landwirtschaftlicher Arbeiter in industrielle Betriebe zu versagen, weil die Entlohnung in der Landwirtschaft viel niedriger sei. Nach Ansicht des Ständigen Ausschusses liegt hier eine völlige Verkennung der Sachlage vor. Es darf vor allem nicht übersehen werden, daß dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber infolge der Festsetzung von Höchstpreisen die Hände gebunden sind, während die Industrie eine wesentlich größere Bewegungsfreiheit genießt. Es geht nun aber nicht gut an, die Landwirtschaft auf der einen Seite zu beschränken, auf der anderen Seite ihr jeden Schutz zu versagen. — Dem Landeslebensmittelanrat gegenüber soll der Wunsch geäußert werden, der Landwirtschaft in den Ernährungsausschüssen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung einzuräumen.

— **sek. Vom evangelischen Deutschtum in der Ukraine.** In der „Münchener Zeitung“ erzählt der verdienstvolle Pastor Jirkwitz von dem zähen Festhalten der „Ukrainer Deutschen“ an den Gebräuchen der evangelischen Kirche. Trotz aller früheren Schwierigkeiten haben sie sich seit ihrer Ansiedlung vor etwa 350 Jahren bis heute die Liebe zur alten Heimat, auch die Anhänglichkeit an die heimische Landeskirche bewahrt. Noch heute singen sie in ihren Gottesdiensten aus dem alten preussischen Gesangbuch von Rogall, allerdings unter gleichzeitiger Beifügung des polnischen Textes. Keine Macht der Welt konnte ihnen dieses Buch rauben, das auch schon des öfteren von der griechisch-orthodoxen Geistlichkeit verboten war. Bis heute nannten sie es einfach Buch (Kniazka). — Unbewährte, treue deutsche Zähigkeit.

— **Wie die Reichsstelle für Schuhversorgung mittelalt,** ist an sich auch Schuhwerk, dessen Sohle mindestens im Gelenk oder in der Vorderfläche aus Chromleder besteht, bedarfscheinpflichtig. Nach § 4, Ziffer 1 der Bekanntmachung über Schuhbedarfscheine vom 27. März 1918

Das Wilsdruffer Tageblatt

ist die gelesenste Zeitung des Amtsgerichtsbezirkes.

ist bedarfscheinberechtigt jeder Verbraucher, der nicht mehr als ein Paar gebrauchsfähige Schuhe besitzt, deren Sohle mindestens im Gelenk oder in der Vorderfläche ganz aus Leder besteht. Als gebrauchsfähige Schuhe oder Stiefel sind aber nur solche anzusehen, die für den Straßengebrauch geeignet sind. Hauschuhe, Turnschuhe und ähnliches leichtes Schuhwerk mit Chromledersohlen sollen deshalb bei der Zahlung des für die Bedarfscheinberechtigung maßgebenden Bestandes nicht in Anrechnung kommen, demnach bleiben auch bei Anwendung der Bestimmung, nach der einer Person innerhalb von 12 Monaten nur ein Schuhbedarfschein erteilt werden darf, für das bezeichnete Schuhwerk ausgestellte Bedarfscheine außer Betracht.

— **Der Landesverband der Sächsischen Presse** hielt am Sonntag im Italienischen Dörfchen seine Hauptversammlung ab, der am Abend zuvor eine Vorstandssitzung vorausgegangen war. Der erste Vorsitzende Schriftleiter Herrlein eröffnete die Hauptversammlung mit Worten der Begrüßung und des Willkommens. Darauf gedachte der Vorsitzende der im vergangenen Jahre verstorbenen Mitglieder, zu deren Gedächtnis man sich von den Plätzen erhob. Herr Herrlein verlas sodann den Jahresbericht, der alle Vorkommnisse innerhalb des Verbandslebens wiedergibt und ein erfreuliches Bild steter Entwicklung entrollt. Unter anderem wird des Besuches der türkischen und bulgarischen Pressevertreter in Deutschland und des Gegenbesuches in Konstantinopel und Sofia seitens des ersten und zweiten Verbandsvorsitzenden gedacht. Auch der beiden Eingaben des Verbandes an den Landtag, bei der Reform der Ersten Ständekammer auch der Presse einen Sitz zu gewähren, sowie in der geplanten Zentrale für Wohlfahrtspflege die Presse nicht auszuschließen, wird im Bericht gedacht. Von den 264 Mitgliedern steben 79 im Felde, 4 sind gefallen. Es wurden sodann der Kassenbericht und die Berichte über die Unterstützungs- und Sterbefälle vorgetragen und genehmigt. Weiter erstattete Hauptschriftleiter Judeich (Zittau) einen Bericht über das Presseheim Oybin, das auf dem Grund und Boden erbaut werden soll, den die Zittauer Stadtverwaltung in einer Größe von 5000 Quadratmeter dem Landesverband geschenkt hat. Die anfangs gestellten Bedingungen dieser Stiftung sind vom Rat wesentlich gemildert worden. Die Versammlung sprach sich über das große Entgegenkommen des Rates sehr anerkennend aus, dankte ihm in herzlicher Weise und stimmte dem Antrag zu, den Vertrag in der abgeänderten Fassung zu genehmigen. Dabei wurde erwähnt, daß für das Presseheim bereits 46240 Mk. gesammelt worden sind, und zwar sind eine Reihe industrieller Firmen und Banken als Spender beteiligt, u. a. die Aktiengesellschaft Jasmagi in Dresden mit 10000 Mk. Außerdem wird diesem Grundstock in

absehbarer Zeit eine größere Summe mit Unterstützung der Staatsregierung zufallen. Auf Antrag Georg Zimmermanns wurde ein Freistellensock in Höhe von 5000 Mk. von der Unterstützungsliste abgezweigt, der minderbemittelten Mitgliedern das Wohnen im Presseheim erleichtern soll. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Der bisherige erste Vorsitzende Rudolf Herrlein, dessen Tüchtigkeit auf den verschiedensten Gebieten der Geschäftsführung Dr. Grautoff (Leipzig) betonte, wurde — ebenso wie der zweite Vorsitzende Dr. Grautoff — wiedergewählt. Zum dritten Vorsitzenden wurde der Vorsitzende des Dresdner Bezirksvereins im Landesverband Hauptschriftsteller Flach gewählt. Herr Herrlein widmete dem bisherigen dritten Vorsitzenden Dr. Zwintz, der freiwillig sein Amt niedergelegt hatte, Worte herzlicher Anerkennung für seine Tätigkeit im Verband. Auch die beiden Schriftführer, Georg Jergang als erster und Dr. Purlich als zweiter, und die Schatzmeister, Dr. Gaudil als erster und Georg Zimmermann als zweiter, wurden wiedergewählt. Schriftleiter Dr. Bruchmüller (Leipzig) dankte zum Schluß dem Vorsitzenden Rudolf Herrlein für seine ausgezeichnete Leitung der Versammlung. An die Tagung schloß sich ein gemeinsames Essen, das der ersten Tagung einen heiteren, harmonischen Abschluß gab.

— **Dresden.** Versuchsweise werden demnach auf den Straßenbahn-Linien 7 und 13 Anhängewagen eingestellt, welche auch im Innern nur Sitzplätze enthalten. Bezahlen muß man ebensoviel wie für Sitzplätze. Das ist dann Verkehrsverbesserung.

Verlustliste Nr. 503 der Königlich Sächsischen Armee ausgegeben am 4. Mai 1918.

Naumann Martin, Neulichen, — gefallen.
Opitz Martin, Wilsdruff, — schw. v.
Pambor Hugo, Gestr., Reffelsdorf, — l. v.
Schubert Alfred, Braunsdorf, — l. v.
Schulze Hermann, Gossheude, — l. v.
Schumann Arthur, Offz.-Stelle. (Vfeldw.), Wilsdruff, — schw. v.
Ländler Hermann, Gestr., Taubenheim, — schw. v. u. a.
24. 8. 18. i. e. Feldlaz. gestorben.
Thieme Reinhold, Braunsdorf, — vermisst.
Ulrich Richard, Taubenheim, — l. v.
Wolf Richard, Wilsdruff, — l. v.

Kirchennachrichten

für Donnerstag den 16. Mai.

Reffelsdorf.
Abends 6 Uhr Kriegsbetende.

Sora.
Abends 7/9 Uhr Kriegsbetende.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Hübner in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Särtner, für den Inseratenteil: Arthur Hübner, beide in Wilsdruff.

Amtlicher Teil.

Die Abgabe von Butter betr.

In letzter Zeit mehrten sich die Klagen der Händler und Sammelstellen, daß sie oft nicht vollständige Butter von den Erzeugern geliefert bekommen.

Es wird deshalb auf die Strafbarkeit einer solchen Handlungsweise mit dem Bemerkten hingewiesen, daß auf etwaige Anzeigen die Strafverfolgung eingeleitet wird.

Reißen, am 11. Mai 1918.

Nr. 331 II O.

Kommunalverband Reichen-Stadt und Land.

Nachstehende Bekanntmachung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Reichen, am 4. Mai 1918.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Bekanntmachung über Brennholz.

Auf Grund von § 12 Nr. 1 in Verbindung mit § 15 Abs. 3 und § 17 der Bekanntmachung über die Einrichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 wird bestimmt:

I.

Der Verkauf von Brennholz nach Gewicht ist verboten.

Soweit Brennholz nach Raummeter verkauft wird, sind die entsprechenden Raummeter oder Raummeterteile voll zu liefern. Das Abmessen des Brennholzes in einem lose mit Brennholz gefüllten Raummeter-Gefäße ist verboten.

II.
Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den unter I erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Dresden, am 29. April 1918.

320 III A. K.

Ministerium des Innern.

Rohlen-Versorgung.

Sämtliche Rohlenkarten und Rohlenbezugscheine der Ortskohlenstelle Wilsdruff sind sofort den darauf bezeichneten Händlern zur Eintragung in die Kundenlisten vorzulegen. Die Bezugsausweise sind abzutrennen und den Händlern zu übergeben.

Wilsdruff, am 13. Mai 1918.

Stadtrat Wilsdruff — Ortskohlenstelle.

Der Verkauf der auf grüne Warenbezugscheine Nr. 36, 37 und 38 angemeldeten Waren erfolgt ab 16. Mai.

Es werden abgegeben:

125 Gramm Kunsthonig, Pfd. 75 Pfg.,
125 Gramm Heringe, Pfd. 110 Pfg.,
125 Gramm Kaffee-Ersatz, Pfd. 84 Pfg., Dose 50 Pfg.

Wilsdruff, am 14. Mai 1918.

Der Lebensmittelvorsteher.

Inseraten-Teil.

Wochenspielplan der Dresdner Theater.

Vom 15. bis 20. Mai.
(Ohne Gewähr für Veränderungen im Laufe der Woche. — Ausschreiben und aufbewahren!)

Residenz-Theater: Mittwoch bis Sonnabend Die lustige Witwe, Sonntag und Montag Pieper und Sperling; Anfang täglich abends 7/8 Uhr. Außerdem Sonntag und Montag vormittags 11 Uhr und nachmittags 1/4 Uhr Die lustige Witwe.
Zentral-Theater: Allabendlich Der reizende Adrian.

Albert-Theater: Mittwoch Jugend, Donnerstag Das Rentnerrödel, Freitag Heimat, Sonnabend und Montag Liebe, Sonntag Im weißen Köpf. Anfang täglich abends 7/8 Uhr.
Viktoria-Theater: Mittwoch den 1. Mai und folgende Tage: Komiker Mertens und Gesellschaft in der lustigen Post. „Unser Anton — macht alles!“ Außerdem ein gänzlich neuer Variete-Spielplan. Sämtliche Künstler und Spezialitäten zum ersten Mal in Dresden.

Der Taschen-Fahrplan für Sommer 1918

der Eisenbahnstrecken
Potschappel-Wilsdruff-Rossen und Wilsdruff-Reißen mit Dampfschiff-Fahrplan

ist wieder fertiggestellt und bei uns zu haben.
Stück 15 Pfennige.

Die Geschäftsstelle des „Wilsdr. Tagebl.“

Papier aller Art

kauft
Joh. Smentel, Wilsdruff, Rosenstr. 81. 2168

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied infolge Unglücksfalles am Sonnabend früh 10 Uhr im Alter von 45 Jahren mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater, mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Onkel, der Bergmann

Gustav Adolf Frikische.

Grumbach, Niederbobritzsch, Dresden und Omsewitz, am 13. Mai 1918.

Die trauernde Gattin nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 15. Mai nachmittags 4 Uhr von der Halle aus statt.

Das Feldheer braucht dringend Hafer, Heu und Stroh! Landwirte helft dem Heere!

Spinat

verkauft
Rosenstraße Wilsdruff.

Verein Heimatdank

der Amtshauptmannschaft Meißen.

Anmeldungen nehmen entgegen die Geschäftsstelle bei der Amtshauptmannschaft, die Vertrauensmänner des Vereins u. d. Gemeindevorstände des Bezirkes. Jahresbeitrag mind. 1 Mk., juristische Personen u. Vereine ohne Rechtsfähigkeit mind. 2 Mk.

Für Arzneizwecke

kaufe ich Brennesseln, Spigwegerich, Schafgarbe, Hufschattblätter und Blüten.

Joh. Smentel, Wilsdruff, Rosenstraße 81. 2169

Handleiterwagen, in allen Größen, von 1—8 Ztr. Tragkraft vorrätig, verk. Wehnert, Meißen, Großenbainerstr. 37. 2164

Sauberer Druck

macht, dass auch eine einfache Drucksache schön aussieht. Die Buchdruckerei von Arthur Zschunke in Wilsdruff liefert stets sauberen Druck